Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 63 (1990)

Heft: 6

Artikel: Sicherheitspolitik : die Abrüstungsverhandlungen und die Neuordnung Europas

Autor: Brunner, Dominique

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-519563

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Abrüstungsverhandlungen und die Neuordnung Europas

Dass die Abrüstungs- oder, besser, Rüstungsbegrenzungsbestrebungen unter einem günstigeren Stern stehen als je seit Anbruch des Atomzeitalters, ist seit 1987 wohl allgemein erkannt. Ende jenes Jahres kam ja der erste eigentliche Abrüstungsakt zustande, der zwischen den USA und der Sowjetunion abgeschlossene Vertrag über die Beseitigung aller landgestützten ballistischen Marschflugkörper mittlerer Reichweite, der Intermediate Range Nuclear Forces – oder INF-Vertrag. Mit berechtigtem Optimismus wurden sodann im Frühjahr 1989 Verhandlungen zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt in Wien aufgenommen, deren erklärtes Ziel eine, was den Osten, namentlich die Sowjetunion betrifft, drastische Reduktion der Bestände an konventionellen Hauptwaffen im Raum zwischen Atlantik und Ural ist. Diese wahrlich spektakulären Entwicklungen verlangten keine Änderung der westlichen Haltung, was, sofern es dessen bedürfte, der von den USA Anfang der 80er Jahre unterbreitete Vorschlag einer Null-Lösung bei den oben erwähnten Mittelstreckenraketen oder das nunmehr unbestrittene Kräfteverhältnis im konventionellen Bereich beweisen würde. Die Dinge sind in bezug auf Rüstungsbegrenzung in Bewegung geraten, weil die sowjetische Führung durch die Wirtschaftslage zur Drosselung der Militärausgaben gezwungen ist.

Der Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa und die deutsche Frage als Hemmnis

Dass nun demgegenüber der rapide Zerfall der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa und sein Hauptgrund wie auch seine Hauptfolge den raschen Abschluss eines Vertrages über die Begrenzung der konventionellen Kräfte in Europa, wie sich ihn die NATO zum Ziel gesetzt hat, erschweren oder gefährden würden, haben die wenigsten erwartet und, bis vor kurzem, wahrhaben wollen. Ich habe allerdings schon vor einigen Monaten meine Zweifel angemeldet: «Zweifel nähren nur die sich 1989 überstürzenden Ereignisse im kommunistisch beherrschten Teil Europas und die Erscheinungen von Zerfall der Staatsautorität in der Sowjetunion selbst. Kann ein Vertrag solcher Komplexität und solchen Ausmasses mit Regierungen ausgehandelt werden, die vor immensen inneren Schwierigkeiten stehen, die wirtschaftlich den Bankrott haben erklären müssen?» (Volkswirtschaft 2/90) Zurzeit ist es die «deutsche Frage», nämlich der Status des wieder-vereinigten Deutschland, die sich als Hypothek erweist, weil sich Moskau der Wiener Verhandlungen über die Rüstungsbegrenzung (CFE) als Druckmittel bedienen zu wollen scheint, um seine Interessen in eben dieser deutschen Frage durchzusetzen. Doch gibt es Gründe für die Annahme, dass die Umwälzung im bisherigen Satellitenkranz der Sowjetunion den Abschluss des für diesen Herbst erhofften Vertrages über Rüstungsabbau in Europa auch behindert.

Veränderte Voraussetzungen

Als der Auftrag an die Unterhändler bei den Wiener Verhandlungen formuliert wurde und als die beiden sich gegenübersitzenden Bündnisse ihre ersten Vorschläge auf den Tisch legten, war das sowjetische Reformprogramm wohl schon angelaufen und hatte die sowjetische Haltung in der Abrüstungsfrage bereits geändert. Aber Moskaus Suprematie im Osten Europas bestand noch sichtbar, und die Perestroika hatte noch nicht oder noch nicht erkennbar «in eine Revolution umgeschlagen» (Professor Severin Bialer). So war es nicht weiter überraschend, dass die Sowjetunion bzw. der Warschauer Pakt den Vorschlag unterbreitete, eine einzelne Macht solle zwischen Atlantik und Ural 14'000 Kampfpanzer – von total 20'000, über die jedes Bündnis verfügen dürfte – behalten dürfen. Und damit war natürlich nur die Sowjetunion gemeint, die ja immer noch weit mehr Panzer hat, um die 30'000. Und von der Räumung der osteuropäischen Garnisonsländer durch die sowjetischen Truppen war noch nicht die Rede. Das hat nun alles geändert. Ungarn und Tschechen haben den Abzug der Sowjettruppen verlangt, und ihn auch zugestanden erhalten. Vor allem aber ist eine grundlegende Veränderung der Ausgangslage mit dem Umbruch in der DDR eingetreten, die ja vor der vollen Integra-

tion in die Bundesrepublik steht. Dort, in Ostdeutschland, war die sowjetische Truppenpräsenz aus historischen Gründen – Zweiter Weltkrieg, sowjetischer Konfrontationskurs gegenüber dem Westen, und das heisst insbesondere Westdeutschland – immer die massivste, und sie bleibt es. Der Zusammenhang zwischen dem Wiedererstehen Deutschlands und den im Gang befindlichen Abrüstungsverhandlungen in Wien springt ins Auge.

Der Vorschlag des amerikanischen Präsidenten von Anfang Jahr, dem die sowjetische Führung bald zustimmte, wäre geeignet, die Problematik etwas zu entschärfen: Die zwei Supermächte unterhielten gemäss diesem Vorschlag in Zentraleuropa ein Maximum von 190'000 Mann Truppen. Da muss man sich beim jetzigen Stand der Dinge jedoch fragen, wo diese 190'000 Mann Sowjettruppen stehen sollen, nachdem die Sowjets in die Räumung der Tschechoslowakei und Ungarns, wo sie fünf bzw. vier Divisionen und zusätzliche Verbände unterhielten, in absehbarer Zeit eingewilligt haben. In Polen stehen zwei Divisionen und weitere Verbände mit rund 40'000 Mann. Also müssten 150'000 Mann in Ostdeutschland bleiben, oder die Sowjets würden weit mehr Truppen abziehen als die USA. Das Beispiel weist auf die Komplexität der Materie in einer Zeit sich überstürzender Ereignisse hin.

Vergegenwärtigt man sich diese Fakten, so kann eigentlich nicht überraschen, dass sich der Kreml nunmehr offen gegen die Vorstellung der deutschen Regierung auflehnt, die auch diejenige der NATO ist, das vereinigte Deutschland müsse NATO-Mitglied, mit einem Sonderstatus für das bisherige DDR-Gebiet, bleiben. Aus sowjetischer Sicht erscheint die Idee der Neutralisierung Gesamtdeutschlands in der Tat als komfortabelste Lösung. Den west- und osteuropäischen Interessen entspricht sie jedoch ganz und gar nicht. Daraus folgt aber, dass ein Rüstungsbegrenzungsvertrag, wie man sich ihn bisher vorstellte, richtig besehen, eine Einigung hinsichtlich des militärischen Status Deutschlands voraussetzt. Und das ist der Grund, weshalb es fraglich erscheint, ob ein Vertrag noch in diesem Herbst zustande kommen kann.

Oberst i Gst Dominique Brunner

EMD-Information

Die Kriegsmaterialverwaltung auf dem Weg in die Zukunft

Die Kriegsmaterialverwaltung (KMV) ist mit rund 4700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die grösste Unterhaltsorganisation für Armeematerial im Eidgenössischen Militärdepartement (EMD). Seit Jahren ist sie einerseits mit raschen Veränderungen im Technologiebereich und anderseits mit Personalreduktionen sowie Kürzungen bei den finanziellen Mitteln konfrontiert. Diese Entwicklung hat zu einem Auseinanderklaffen zwischen den benötigten und den effektiv verfügbaren Ressourcen an Personal, Finanzen und Baukrediten geführt.

Aufgrund dieser Situation hat die KMV in einer zweijährigen intensiven Studienarbeit eine Stärke-Schwäche-Analyse ihrer Zentralverwaltung und Betriebe durchgeführt und eine Reihe von Massnahmen, unter anderem Strukturanpassungen, als Projekt «KMV der 90er Jahre» dem EMD unterbreitet. Damit sollen klarere funktionale Verantwortungsbereiche geschaffen, bestehende Doppelspurigkeiten und Koordinationsaufwände eliminiert, mittelfristig freie Kapazität für die Bewältigung neuer Aufgaben geschaffen und eindeutig definierte Anlaufstellen für externe Partner bezeichnet werden.

Die Verwirklichung soll schrittweise, im Rahmen eines Zeithorizonts von 5–10 Jahren, erfolgen, was bei der Lösung personeller Probleme hilfreich sein wird.

Mit den Behörden der direkt betroffenen Regionen werden in den nächsten Monaten Gespräche geführt. Besonderer Wert wird aber auch auf die vertiefte Orientierung der Verbände und des KMV-Personals gelegt.